

Neonazis feiern – ein Dorf resigniert

Subkultur In Staupitz treffen sich fast monatlich Rechtsradikale aus ganz Deutschland – Die Bürgermeisterin schweigt, die Bewohner haben aufgegeben

Es hat etwas Zeit gedauert, bis sie sich in Staupitz an die Neonazis gewöhnt haben, aber inzwischen hat man sich arrangiert. Zehn Rechtsrockkonzerte finden in dem 250-Seelendorf im Landkreis Nordsachsen jedes Jahr statt – so viele wie sonst nirgendwo in Sachsen. Seit 2008 geht das nun schon so. Während der vergangenen acht Jahre war so mancher Journalist in dem Dorf bei Torgau, nicht alle hier wollen reden, und die, die doch was sagen, nennen ihren Namen lieber nicht.

„Das haben wir alles schon erlebt, wenn man auf die schießt, schießen die zurück“, sagt eine Anwohnerin. Mit „die“ meint sie den Besitzer des ehemaligen Gasthofes, wo die Konzerte stattfinden und die Hunderten Rechten, die aus der ganzen Republik dafür anreisen, in das kleine Staupitz im Norden Sachsens, nahe der brandenburgischen Grenze. Und sie meint all jene Dorfbewohner, die es satt haben, über dieses Thema zu diskutieren.

„Sie werden hier keinen finden, der sich von denen belästigt fühlt“, kündigt ein älterer Herr an. Es ist ein wolkenverhangener Sonntagnachmittag, hässliches Wetter, immer mal wieder nieselt es vom Himmel, kräftiger Wind bläst einem die eiskalten Tropfen ins Gesicht. „Die verhalten sich wie anständige Bürger, brüllen keine Parolen, und wenn man sie anspricht, bekommt man anständige Antworten“, sagt der Rentner.

Staupitz ist in der rechten Szene bundesweit für seine Neonazikonzerte bekannt. Bands wie Heiliger Krieg, Blitzkrieg und Tättervolk spielen hier. Ihre Lieder heißen „Völkischer Sozialist“, „Aufruf“ oder „Wo rote Fahnen im Winde wehen“. In den Texten geht es um Soldatentum, Heimat und den „glühenden Funken einstiger Macht“. Das Album „In brauner Uniform“ der Band Tättervolk landete auf dem Index. Konzerte und der Austausch von CDs sind die ersten Berührungspunkte vieler Jugendlicher mit der rechtsextremen Szene.

In Staupitz spielen die Bands in einem ehemaligen Gasthof, einer, wie es sie in vielen sächsischen Dörfern gibt: schlichte, langgezogene Gebäude, meistens steht eine alte Linde vor dem Wirtshaus – so auch in Staupitz. Ein Anwohner erzählt, dass der Besitzer den Gasthof von seinem Vater übernommen hat. In den 80er- und 90er-Jahren fanden hier Discos statt. Dann kamen die Nazis.

„Bis zu 2000 Leute hatten wir schon im Dorf. Das war damals die



In Staupitz bei Torgau finden jedes Jahr etwa zehn Rechtsrock-Konzerte statt. Die Bewohner haben sich damit abgefunden.

Foto: Stefan Hantzschmann

Anfangszeit, Sie glauben gar nicht, was hier los war“, erzählt ein stämmiger Mann in schmutzigen Trainingshosen aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Er lacht. In seiner Stimme liegt Bewunderung, wenn er erklärt, wie clever die Konzerte ablaufen – als Privatveranstaltungen, ohne Plakate und Flyer, wie frech das große Schild wirkt, das dann am Gasthof hängt und auf dem steht, dass Polizisten und Mit-

Serie

Unterwegs in Sachsen



Wie fremdenfeindlich sind die Sachsen? Und warum gerät das wirtschaftliche Vorzeigeland der neuen Bundesländer so oft wegen ausländerfeindlicher Vorfälle in die Schlagzeilen? Unser Autor

Stefan Hantzschmann ist in Sachsen aufgewachsen und hat in seiner Heimat nach Antworten gesucht. Im zweiten Teil der Serie lesen Sie, wie die Bewohner eines Dorfes auf die Neonazikonzerte in ihrem Ort reagieren. Lesen Sie in der nächste Folge eine Analyse zum Umgang Sachsens mit Fremdenhass.

arbeitern des Ordnungsamts und des Staatsschutzes der Eintritt nicht erlaubt ist. Ein anerkennendes Kopfschütteln auch, als er davon erzählt, wie der Besitzer es geschafft hat, den alten Gasthof zu retten. „Die haben die Heizung erneuert, das komplette Dach neu eingedeckt, alle Brandschutzaufgaben erfüllt und eine Belüftungsanlage eingebaut. Bald will er das Gebäude frisch verputzen lassen. Das hätte er niemals alles allein bezahlen können“, ist sich der Mann sicher. Der Besitzer des Staupitzer Gasthofes veranstaltet die Konzerte nicht, sondern vermietet nur die Räume. Laut Polizei veranstalten die Konzerte „unterschiedliche Personen der rechtsextremen Szene“. „Das weiß niemand hier, wer die Konzerte tatsächlich organisiert“, erzählt der Anwohner und schüttelt wieder lächelnd den Kopf. Es ärgert ihn, dass der Besitzer dieses Geheimnis nicht preisgibt. Denn über das Dorf und seine Bürger weiß der Mann bestens Bescheid, auch über die Aufregung, die es damals im Ort gab, als das losging mit den Konzerten. „Einige waren dagegen, aber das ist vorbei.“

Eine, die damals dagegen war, will jetzt nichts mehr sagen. „Ich will das alles nicht noch einmal erleben“, sagt sie und schwenkt die Haustür vor sich. „Ich kann das

nicht“, sagt sie mit leiser Stimme. Ihre Augen werden feucht. Dann wünscht sie noch einen angenehmen Sonntag und schließt die Tür.

Die Stadt Torgau, zu der Staupitz gehört, will sich gegenüber der Presse nicht zu dem Thema äußern. Die Polizei habe das der Oberbürgermeisterin so empfohlen, sagt ein Sprecher der Stadt. Auch die Polizei will möglichst wenig Wind um das Dorf und seine Konzerte machen, man fürchtet Nachahmer. Denn viele Handlungsmöglichkeiten haben die Beamten nicht. „Die rechtliche Situation gibt eine generelle Untersagung nicht her, und die erteilten Auflagen wurden und werden durch Objekteigentümer und Veranstalter erfüllt“, erklärt die Polizeidirektion (PD) Leipzig auf Anfrage. Straftaten wurden bis-

lang nicht festgestellt. Rechtlich darf die Polizei während der Konzerte nur dann in den Saal, wenn Gefahr für Leib und Leben besteht oder Straftaten begangen werden. Um die Konzerte zu unterbinden, reicht es auch nicht aus, „wenn man allgemein annimmt, im Objekt würde beispielsweise der Hitlergruß gezeigt“, erklärt ein Sprecher der PD Leipzig.

Verboten kann man die Konzerte also nicht, Gegenwind aus der Bevölkerung in oder um Staupitz gibt es auch nicht. Der sächsische Verfassungsschutz führt eine Liste mit den aufgetretenen Bands und den ungefähren Besucherzahlen. Manchmal spielen internationale Rechtsrockbands aus Großbritannien oder Italien in dem kleinen sächsischen Ort. Meistens kommen

zwischen 150 und 200 Fans rechtsextremer Musik in den ehemaligen Gasthof nach Staupitz.

„Wenn hier nichts gemacht wird, schläft alles ein“, sagt der Mann in den Jogginghosen. Drüben, mit seinem Arm macht er eine winkende Bewegung zur Ortsmitte, sehe man das am ehemaligen Minimarkt ganz deutlich. Seit der leer steht, sei es nur eine Frage der Zeit, bis das Gebäude verfallt.

Der ältere Herr mit den kurzen Haaren will beobachtet haben, dass in letzter Zeit immer mehr junge Frauen zu den Konzerten gehen. Auf 15, 16 Jahre schätzt er das Alter der Mädchen. „Von rechter Gesinnung merkt man da nichts!“

In Staupitz gibt es einen Raum für Jugendliche. Der Verein der Staupitzer Landfrauen kümmert sich darum. Die Jugendlichen können jeden Tag dort hingehen, eine Betreuung gibt es aber nicht. „Es gibt nicht mehr viele Jugendliche bei uns. Die meisten haben Arbeit im Westen gefunden“, erzählt ein Mitglied der Landfrauen. Jugendliche aus dem Dorf, heißt es unter Anwohnern, gehen nicht zu den Rechtsrockkonzerten. Aber jedes Jahr an Silvester ist der ganze Ort im ehemaligen Gasthof. Dann dürfen sie alle in den Saal, wie damals, als man in Staupitz noch zu Popmusik tanzte.

Subkultur in der Neonazi-Szene

- 35 rechtsextremistische Musikveranstaltungen gab es deutschlandweit von Oktober bis Dezember 2015 – davon waren 20 Konzerte und 15 Liederabende.
- Im Jahr 2014 fanden bundesweit insgesamt 161 solcher Musikveranstaltungen statt – davon 55 rechtsextremistische Konzerte.
- Allein in Sachsen fanden mindestens zwei rechtsextreme Lieder-

macherabende und 14 Konzerte statt – zehn davon in Staupitz.

■ 14 rechtsextremistische Vertriebsunternehmen gab es Ende 2014 in Sachsen.

■ Die für die rechtsextreme Szene wichtigen Musikvertriebe und Labels PC-Records in Chemnitz und OPOS-Records in Dresden haben mehrere Tausend Kunden im In- und Ausland.

Homann: Zu wenig Jugend- und Sozialarbeit, zu wenig Polizei

Interview Sächsischer SPD-Abgeordneter wirft Koalitionspartner CDU „25 Jahre Staatsabbau“ vor – Viele Kommunalpolitiker schauen bei Rechtsextremismus weg

■ **Döbeln.** Hoyerswerda, Mügeln, Heidenau, Clausnitz, Bautzen: Immer wieder gerät Sachsen wegen rassistischer Vorfälle in die Schlagzeilen. Der Landtagsabgeordnete Hennig Homann (SPD) erklärt im Interview, warum sich viele Politiker in Sachsen so schwer damit tun, entschiedener gegen Rassismus vorzugehen.

Kein anderes Bundesland wird so stark mit rechtsextremen Übergriffen verbunden wie Sachsen. Hat hier die Politik versagt?

In Sachsen hat unter der Regierung der CDU 25 Jahre lang Staatsabbau stattgefunden. Ein Staat muss in der Lage sein, gesellschaftlich zu intervenieren, wenn es Fehlentwicklungen gibt. Diese Handlungsfähigkeit ist stark eingeschränkt worden. Es gibt zu wenig Jugendarbeit, zu wenig Sozialarbeit, zu wenige Polizisten, die Wohlfahrtsverbände sind zu schwach, es gibt Lehrermangel. Viele dieser Probleme geht man jetzt erst an.

Vor vier Jahren schrieb die „taz“ zu den Kürzungen bei der sächsischen Jugendarbeit: „Nazis springen in die Bresche“. Hat das linksalternative Blatt recht behalten?

Jugendarbeit ist auch Prävention, und 2010 hat es in Sachsen massive Einsparungen gegeben. Diese Kürzungen waren nicht gut und haben den Kampf gegen die Demokratie wahrscheinlich unterstützt. Aber das allein reicht als Erklärung nicht. Probleme mit Rassismus gab es auch vor 2010. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass es seit 2014 wieder mehr Geld für Jugendarbeit gibt. Trotzdem ist Jugendarbeit noch nicht da, wo sie sein sollte. Es gibt auch in meinem Landkreis noch Landstriche, wo es so gut wie keine professionelle Jugendarbeit gibt – zum Beispiel südlich von Freiberg.

Fehlt es Sachsen an einer funktionierenden Zivilgesellschaft?

Nein. Wir haben unglaublich viele Menschen, die sich in diesem Land

gegen Rechtsextremismus engagieren. Aber diese Menschen wurden hier lange Zeit in eine linke oder linksextreme Ecke gestellt – auch von unserem Koalitionspartner, der CDU. Dadurch bekamen Initiativen gegen rechts nicht die nötige breite gesellschaftliche Unterstützung, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Es gibt leider viele Bürgermeister und Landräte in Sachsen, die sich nicht zu solchen Initiativen bekennen. Da fehlt ein-

fach die klare Haltung. Das ist ein Problem.

Haben Sie eine Erklärung dafür?

Ich glaube, dass viele ältere kommunalpolitische Entscheidungsträger nicht wollen, dass das, was sie 25 Jahre lang aufgebaut haben, infrage gestellt wird. Sie haben Angst, dass ihre Verdienste dadurch beschädigt werden. Diese Angst müssen sie aber nicht haben. Ich habe sogar Verständnis dafür, dass man

Zur Person

Henning Homann wurde in Düsseldorf geboren, kam im Alter von zwölf Jahren nach Mittelsachsen und blieb. Homann ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag sowie Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik und für demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement. Mittelsachsen ist sein Wahlkreis, der sich bis ins Erzgebirge und zur tschechischen Grenze erstreckt.



bei all den Problemen, die es hier gab – extrem hohe Arbeitslosigkeit, eine völlig zerrüttete Infrastruktur, eine desolante Wirtschaft – vielleicht Probleme wie Rassismus eine Weile nicht gesehen hat. Die Menschen hier hatten Anfang der 90er-Jahre einfach andere Sorgen. Aber jetzt muss man diese Probleme angehen.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Rechtsextremismus-Problem in Sachsen und dem Aufstieg von Pegida?

Man kann beides nicht in einen Topf werfen. Aber man kann ein Rassist sein, ohne ein Nazi zu sein. Pegida offenbart, dass ausländerfeindliche und antidemokratische Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Die Menschen mit solchen Einstellungen haben sich aber in den vergangenen Jahrzehnten nie organisiert – bis Pegida entstand.

Bei Pegida-Demos sieht man häufig Pullover mit Aufschriften wie:

„Vom Osten lernen, heißt siegen lernen“, oder „Es wächst nicht zusammen, was nicht zusammen gehört“. Warum?

Meine Erfahrung ist, dass viele von denen, die bei den Demonstrationen mitlaufen, sich als Verlierer der Wende fühlen. Manche auch zu Recht. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, für die das Wohlstandsversprechen von Helmut Kohl nicht in Erfüllung gegangen ist und deren Erwartungen enttäuscht wurden. Für die gibt es eine emotionale, biografische Verbindung zwischen Demokratie und persönlichem sozialen Abstieg – anders als in Westdeutschland, wo es nach 1945 ein Wirtschaftswunder gab. Diese zum Teil bitteren Schicksale, die hier bei einigen Menschen dahinterstecken, darf man nicht wegreden, sie sind aber trotzdem kein Grund, zu Frau Festerlings Gewaltaufrufen Beifall zu klatschen.

Das Gespräch führte
Stefan Hantzschmann